

Die teuerste Lösung am Gotthard gewählt

Der Bundesrat setzt auf eine zweite Gotthardröhre. Mit der Eröffnung kann bestenfalls 2027 gerechnet werden.

BERN Der Bundesrat will im Hinblick auf die Sanierung des Gotthardstrassentunnels eine zweite Röhre bauen. Das hat er gestern beschlossen. Um den Alpenschutzartikel nicht zu verletzen, will er den einspurigen Betrieb der beiden Röhren im Gesetz festschreiben. Zwischen 2020 und 2025 muss am Gotthard der 16,9 Kilometer lange Strassentunnel umfassend saniert werden, insbesondere die Zwischendecke muss ersetzt werden.

Der Bundesrat habe nach sorgfältiger Prüfung und Abwägung aller Aspekte entschieden, wie die Sanierung erfolgen solle, sagte Verkehrs- und Umweltministerin Doris Leuthard gestern vor den Medien. Die Regierung sei zum Schluss gekommen, dass der Bau einer zweiten Tunnelröhre ohne Kapazitätsausbau und die anschliessende Sanierung des bestehenden Tunnels die sinnvollste Lösung seien. Dieses Modell kostet 2,8 Milliarden Franken.

Lobbying aus dem Tessin

Der Bund trägt mit diesem Entscheid laut Leuthard insbesondere dem Anliegen des Tessins Rechnung, auch während der Sanierung über eine gute Strassenverbindung an den Norden angeschlossen zu sein. «Das ist für den Zusammenhalt von Bedeutung.» Leuthard räumte gleichzeitig ein, dass der Gotthard nicht zu den wichtigsten Engpässen im Schweizer Strassennetz gehöre und nur an wenigen Tagen im Jahr Stau herrsche. Im Schnitt passieren täglich knapp 17 000 Fahrzeuge den Gotthard. Auf vielen Autobahnabschnitten bei Zürich oder am Genfersee sind es derweil 90 000 bis 100 000.

Gegen die alternativen Sanierungsvarianten, die eine mehr oder weniger lange Vollschiessung des bestehenden Tunnels vorsahen, sprach nach Ansicht des Bundesrats die Verhältnismässigkeit. Zwar räumte Leuthard auch ein, dass sich der Bundesrat für die Variante entschieden habe, die mindestens eine Milliarde mehr koste als die anderen Sanierungsmodelle. Diese Milliarde bringe aber einen hohen Mehrwert. Dank den richtungsgetreunten Röhren sinke das Risiko für Frontal- und Streifkollisionen. Insbeson-



17 000 Fahrzeuge passieren täglich den Gotthardtunnel.

Bild Key

dere werde aber die Verfügbarkeit der Gotthardstrassenachse verbessert. Redundanzen auch auf der Strasse seien wichtig, das habe der Felssturz vor einhalb Wochen gezeigt, sagte Leuthard.

In Zukunft könnte zudem der Unterhalt ohne vorübergehende Schliessungen erfolgen. Bei Unfällen könnte rasch reagiert werden. Und eine weitere Vollschiessung sei ohne aufwändiges Verkehrsmanagement möglich.

Nur einspurig befahren

Wichtige Leitplanke für den Entscheid des Bundesrats war laut Leuthard

der im Jahr 1994 vom Stimmvolk gutgeheissene Alpenschutzartikel. Dieser schreibt vor, dass die Transitstrassenkapazität im Alpengebiet nicht erhöht werden dürfe. Der Bundesrat will deshalb im Gesetz verankern, dass in beiden Röhren nur eine Fahrspur benutzt werden dürfe. Die andere diene als Pannestreifen oder bei Unterhaltarbeiten als Gegenfahrbahn. Nur mit einer gesetzlichen Verankerung dieses Prinzips könne dem politischen Druck entgegengetreten werden, bei Stau oder Problemen auf anderen Verkehrsachsen alle Spuren in Betrieb zu nehmen, sagte Leuthard.

Amstutz/Hurter «Tote und Verletzte verhindern!»

In den letzten Wochen engagierten sich der Schaffhauser Nationalrat Thomas Hurter (SVP) am Sessionsapéro seiner Partei und der Präsident des Schweizerischen Nutzfahrzeugverbandes (Astag), Nationalrat Adrian Amstutz (SVP/BE), am Transporttag für die zweite Gotthardröhre. Wir holten ihre Reaktionen ein.

Ist der Astag zufrieden mit dem Entscheid?

Adrian Amstutz: Ich begrüsse den Vernunftentscheid sehr. Er ist zugunsten höherer Sicherheit dringend notwendig.

Können Sie das etwas konkretisieren?

Amstutz: Ich erinnere an das Inferno im Jahre 2001 mit elf Todesopfern. Darüber hinaus, und das geht meist etwas unter, waren in den letzten zehn Jahren gemäss einem Bericht des Urner Polizeikommandanten alle 6 Todesopfer und 60 von 68 Verletzten aufgrund des gefährlichen Gegenverkehrs zu beklagen. Das muss ein Ende haben.

Spekuliert das Lastwagengewerbe auch auf eine Kapazitätserhöhung?

Amstutz: Nein. Ich persönlich und auch der Astag respektieren selbstverständlich den Volksentscheid zur Alpen-Initiative und damit zur Kapazitätsbeschränkung. So, wie der Bundesrat die Sache nun aufgleist, ist das, zusammen mit dem Versprechen von Doris Leuthard, es werde immer nur eine Spur pro Richtung offen sein, völlig korrekt. Das bringt einen Quantensprung. Zudem, das ist der zweite Punkt, braucht es diese zweite Röhre

Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum. Der Entscheid der Räte dürfte 2015 fallen. Ohne langwierige Rechtsverfahren könnte die zweite Röhre 2027 in Betrieb gehen, drei Jahre später die sanierte erste Röhre.

Volksabstimmung ist zu erwarten

Ein Referendum gegen die Bundesratspläne ist jedoch gewiss. Aus Sicht der Alpen-Initiative und des links-grünen Lagers steht die zweite Röhre im Widerspruch zum Alpenschutzartikel und führt zu einer Kapazitätserhöhung. Es sei nämlich illusorisch zu glauben,

für die Flexibilität während der Renovation der bestehenden Röhre. Die Alternative, die Gotthardpassage bis zu drei Jahren zu schliessen, ist weder ökologisch (Umwegverkehr) noch ökonomisch – insbesondere für den Kanton Tessin – vertretbar. Aber nochmals: Das Wichtigste ist und bleibt, Tote und Verletzte zu verhindern!

Thomas Hurter, Sie haben sich für die zweite Röhre engagiert. Wir nehmen an, Sie sind nun zufrieden?

Thomas Hurter: Natürlich. Drei Gründe sprechen für den Entscheid des Bundesrates. Zentral ist die Erhöhung der Sicherheit. Sie ist dringend nötig. Zudem ist die Achse Nord-Süd wirtschaftlich extrem wichtig – nicht zuletzt für unsere Miteidgenossen im Tessin. Sie muss darum auch während der Renovation offen bleiben. Zudem braucht es – die aktuelle Situation mit dem Bahnunterbruch zeigt es deutlich – eine bessere Flexibilität. Das, wie gesagt, zuerst während der Renovation, dann aber auch nach dem Ausbau. Beide Röhren müssen so gebaut sein, dass im Notfall eine Röhre zweisepurig befahren werden kann. In Ausnahmesituationen wie im Moment bei einem Ausfall der Bahn müsste auch eine Kapazitätsverlagerung möglich sein.

Die Gegner haben Angst vor einer dauernden Kapazitätsausweitung.

Hurter: Das darf nicht sein. Die Verfassungsbestimmung ist klar und muss eingehalten werden. Der Vorschlag des Bundesrates, dies auch im Gesetz festzuhalten und so ein Referendum zu ermöglichen, garantiert das auch. (kxz)

dass diese dann auf ewig nur einspurig befahren werden dürfe. Unterstützt werden dürften die Tunnelgegner je nach Region aber auch bis weit ins bürgerliche Lager hinein. Im Mai 2011 etwa lehnten 57 Prozent der Urner Stimmen eine zweite Röhre ab. Leuthard gab sich jedoch überzeugt, dass der Vorschlag auch für die Urner interessant sei. Auch inbezug auf die Abstimmung über den Avanti-Gegenvorschlag, der vom Volk mit 62,8 Prozent abgelehnt worden war, setzte sich der Bundesrat nicht über den Volkswillen hinweg. Bei dieser Abstimmung sei es um einen Kapazitätsausbau gegangen. (sda)

Journal

Bund rechnet für 2013 mit roten Zahlen

BERN Mit Einnahmen von 64,5 Milliarden und Ausgaben von 64,9 Milliarden Franken weist der Voranschlag 2013 des Bundes ein Defizit von rund 400 Millionen auf. Die Schuldenbremse erlaubt für 2013 wegen der andauernden Unterauslastung der Wirtschaft ein konjunkturelles Defizit von gut 500 Millionen. Diese Vorgaben werden im Voranschlag 2013 mit einem Finanzierungsdefizit von 400 Millionen um gut 100 Millionen übertroffen (struktureller Überschuss), wie das Eidgenössische Finanzdepartement mitteilte.

Lehrer fordern sechs Prozent mehr Lohn für 2013

BERN Für 2013 fordert der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH) eine Reallohnerhöhung von mindestens sechs Prozent. Zudem müsse die Teuerung jährlich ausgeglichen werden. Auch brauche es eine gesetzlich verankerte Lohnperspektive, heisst es in einer Medienmitteilung des LCH vom Mittwoch. 10 bis 85 Prozent höher lägen die Löhne in anforderungsgleichen Berufen in Privatwirtschaft und Verwaltung. Diese Unterbezahlung müsse beseitigt werden.

Axpo will AKW Beznau länger als 50 Jahre betreiben

DÖTTINGEN Der Energiekonzern Axpo will bis 2014 rund 700 Millionen Franken in die Sicherheit der beiden Reaktoren des Atomkraftwerks Beznau in Döttingen AG investieren. Die Reaktoren sollen dank der dauernden Nachrüstung gemäss Axpo «länger als 50 Jahre» am Netz sein. Umweltorganisationen, AKW-Gegner und linke Parteien forderten wiederholt, dass die Beznauer Reaktoren aus Sicherheitsgründen stillgelegt werden.

Sicherheit stehe vor Wirtschaftlichkeit, sagte Axpo-Chef Manfred Thumann gestern an einem Mediengespräch in Döttingen. Es werde nicht passieren, dass das Kernkraftwerk aus Sicherheitsgründen nicht mehr betrieben werden könne. Dieses Risiko will die Axpo als AKW-Betreiberin verhindern. «Wir werden alles machen, dass die Anlagen länger als 50 Jahre laufen», betonte Thumann. Er wollte keinen genauen Zeitpunkt nennen, wann die Reaktoren abgeschaltet werden sollen.

Der Druckreaktor 1 ist seit 1969 am Netz. In Beznau steht damit das dienstälteste kommerzielle AKW der Welt. Der baugleiche Reaktor 2 ist seit 1972 in Betrieb. Die Leistung der beiden Reak-

toren (je 365 Megawatt) sei nie erhöht worden, hielt Thumann fest. Die Wirtschaftlichkeit der Investitionen sei wegen des Strommarktes schwierig einzuschätzen. «Wir machen diese Investitionen, weil wir einen Versorgungsauftrag von den Kantonen haben», sagte Thumann. Man sei sicher, dass es den Strom brauche.

Probleme mit Reaktordeckel

Bis zum Jahr 2014 will der Energiekonzern Axpo rund 700 Millionen Franken in Nachrüstungsprojekte investieren. 500 Millionen Franken kostet die autarke, erdbebensichere Notstromversorgung, wie Urs Weidmann, Leiter Kernkraftwerk Beznau (KKB), ausführte. Der Ersatz der beiden Reaktordeckel bedingt Investitionen von 100 Millionen Franken. Die Deckel in Beznau seien «vollständig intakt», hielt Weidmann fest. Bei der laufenden Revision des Reaktors 1 war eine 10-Millimeter lange «Unregelmässigkeit» an einer Schweissnaht im Innern des Reaktordeckels entdeckt worden. Die Schweissnaht wurde verstärkt. Gemäss Axpo bestehe deswegen kein Sicherheitsrisiko. (sda)

Fall Insieme: Urs Ursprung ist zurückgetreten

BERN Mit seinem freiwilligen Rücktritt verzichtet Urs Ursprung auf eine Abgangsentschädigung. Eine solche und ähnliche Leistungen habe er nie beansprucht, teilte das Finanzdepartement (EFD) gestern mit. Wie jeder Bundesangestellte über 60 Jahre erhält Ursprung aber eine Altersleistung in Form einer Rente gemäss Vorsorgegesetz des Bundes. Die Höhe ist abhängig von den einbezahlten Leistungen. Den genauen Betrag wollte EFD-Sprecherin Brigitte Hauser-Süess nicht nennen. Die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) wird derzeit vom stellvertretenden Direktor Samuel Tanner interimistisch geleitet. Die Stelle von Ursprung wird laut Hauser-Süess ausgeschrieben.

Ursprung war am vergangenen Dienstag von Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf freigestellt worden. Begründet wurde der Schritt damit, dass er die Hauptverantwortung für die schweren Verstösse gegen das Beschaffungsrecht im Informatikprojekt Insieme trage. Eine Administrativuntersuchung hatte zutage gefördert, dass beim Projekt Insieme unter anderem mit einzelnen Anbietern bis zu 35 praktisch

gleich lautende Verträge abgeschlossen worden waren. Das Kostendach lag jeweils knapp unter dem Schwellenwert, ab welchem Aufträge WTO-konform ausgeschrieben werden müssen.

Seit die Unregelmässigkeiten bei der ESTV ans Licht gekommen sind, häufen sich bei der Finanzdelegation (FinDel) des Parlaments Meldungen über mögliche Unregelmässigkeiten in anderen Departementen. In den vergangenen Tagen habe er vermehrt «Briefe und E-Mails erhalten mit der Bitte, uns um dieses oder jenes Projekt zu kümmern», sagte Urs Schwaller, Ständerat und Präsident der FinDel (CVP/FR), gestern gegenüber Radio DRS. Die sieben Meldungen seien konkret und kämen von Leuten, die offenbar nahe an den Projekten seien. Einige seien unterschrieben, andere anonym versandt worden. Er erklärt sich diese Häufung damit, dass er selbst im Zusammenhang mit dem Fall Insieme öfter in den Medien präsent gewesen sei. Die anonymen Meldungen habe er gelöscht, die anderen an die Finanzkontrolle weitergeleitet. Dort ist die Whistleblowing-Meldestelle des Bundes angesiedelt. (sda)